

Auf den ersten Blick erscheint es müßig, zum wiederholten Mal über die Kulturwissenschaften, ihre Gegenstandsfelder und Methoden zu rasonieren, ist im deutschsprachigen Wissenschaftsraum doch in den letzten beiden Jahrzehnten eine intensive und inhaltlich differenzierte Debatte über diese konzeptionell oftmals nur unzureichend reflektierte «Forschungsstrategie»<sup>1</sup> geführt worden. Wenn im Folgenden von «Kulturwissenschaften» im Zeichen von Bologna gesprochen wird, ist mit dieser Begrifflichkeit also weniger eine eigenständige Disziplin gemeint, wie sie sich etwa in Nordamerika während der letzten Jahrzehnte herausgebildet hat, denn ein Spektrum theoretischer und methodischer, für die Geisteswissenschaften relevanter Fragestellungen. Die von zahlreichen Orientierungswechseln und Akzentverschiebungen innerhalb des kulturwissenschaftlichen Diskurses (Arbeiter- und Populärkultur, Massenmedien und Kommunikation, Postkolonialismus, *New Historicism*, *Gender Studies* etc.) begleitete Diskussion ist dabei in enger Anbindung an die anglo-amerikanische Tradition der *Cultural Studies* geführt worden. Dies geschah im Fokus auf die Fachwissenschaft, vorrangig aber auch in Disziplinen überschreitender Absicht. Den eigentlichen Ausgangspunkt der Debatte markierte in den Geisteswissenschaften dabei der *cultural turn*, der einen Ausweg aus der allorts beschworenen Krise der Wissenschaft vis-à-vis einer von der Globalisierung geprägten sozialen und ökonomischen Lebenswirklichkeit bieten sollte. Später folgten *iconic* und *pragmatic turn* als weitere paradigmatische Richtungswechsel. Angeblich durch die Denkschrift *Geisteswissenschaften heute* (1991)<sup>2</sup> ausgelöst, ist die Geschichte vom *cultural turn* allerdings inzwischen selbst zu einer *master narrative* geworden, gegen die sich eine kulturwissenschaftlich fundierte Diskursanalyse verwahren sollte.

Das kulturwissenschaftliche Projekt ist längst nicht abgeschlossen, hat sich mittlerweile aber selbst in seine eigene Krise manövriert, sind die hohen Erwartungen an die *Cultural Studies* als einer «intellektuellen Praxis, die beschreibt, wie das alltägliche Leben von Menschen (everyday life) durch und mit Kultur definiert wird, und die Strategien für eine Bewältigung seiner Veränderungen anbietet»<sup>3</sup>, doch kaum erfüllt worden. Dies liegt sicher in dem ambitionierten, a priori kaum einlösbaren Anspruch, kulturelle Phänomene in ihren multiplen historischen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Verschränkungen, aber auch in ihren mannigfaltigen Kommunikations- und Rezeptionsformen übergreifend zu beschreiben und zu analysieren. Zugleich mangelt es in der Praxis oft an einer methodisch fundierten Interdisziplinarität, die nicht bei einem additiven Nebeneinander unterschiedlicher, fachspezifisch geprägter Fragestellungen verweilt, sondern den Gegenstandsbereich in Fächer transzendierender und integrativer Weise zu erschließen trachtet. Des Weiteren fällt auf, wie sehr das notwen-

dige Streben um neue, Traditionen aufbrechende Erkenntnisparadigmen in hermetischer Weise um sich selbst bemüht gewesen ist, während die eigentlichen Objekte kulturwissenschaftlicher Analyse das Nachsehen hatten. Was nützt das Wissen um diskursive Räume, innerhalb derer Literatur und Kunst statthaben, wenn die Auseinandersetzung mit Text und Bild als sprachlich-ästhetischem oder visuellem Gegenüber dabei auf der Strecke bleibt? Anders formuliert: So sehr die Ausdehnung disziplinär gesetzter Grenzen gerade auch im Sinne einer Dynamisierung und Neubelebung fachlicher Praxis zu begrüßen ist, so groß ist die Gefahr einer Überdehnung des eigenen Territoriums. Inwieweit dies akademischem Dilettantismus Vorschub leistet, soll hier dahingestellt bleiben. Im Übrigen lässt sich kaum verhehlen, dass der den Kulturwissenschaften eigene Methoden- und Paradigmenpluralismus vor Modeerscheinungen nicht verschont blieb und zu miteinander konkurrierenden Forschungsansätzen mit eigenen, partikularen theoretischen Legitimationen geführt hat. Schließlich belegt der akademische Alltag regelmäßig, wie effektiv die Inflexibilität öffentlich verwalteter, in Selbstgefälligkeit ruhender Forschungs- und Lehrinrichtungen erforderliche Innovationsbestrebungen in die Schranken weist.

So schwierig es erscheint, der Diskussion um kulturwissenschaftliche Forschungsparadigmen Neues anzutragen, so ermüdend muten die fortwährenden Diskussionen über geisteswissenschaftliche Fächer und ihre vermeintliche Krise an; eine Krise, die nicht losgelöst vom Gesamtzustand der Universitäten und nur in enger Rückkoppelung an die gesellschaftlichen Veränderungen und deren Auswirkungen auf die einschlägigen Disziplinen verständlich wird. Begreift man den seit über zwanzig Jahren im Raum stehenden Begriff der «Krise» nicht im paralysierenden Sinn als Signum für Rückwärtsgerichtetheit, Stagnation und Konzeptionslosigkeit, sondern als Voraussetzung für eine (selbst)kritische Bestandsaufnahme, so kann die Krise zum produktiven Ausgangspunkt eines neuen, offensiven Umgangs der Geisteswissenschaften mit den sie herausfordernden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in einer Ära weltweiten Wettbewerbs werden.

Fraglos führte eine Kombination von Faktoren dazu, dass das Studium der Geisteswissenschaften in Deutschland wenig effizient gestaltet worden ist. Dies begründet sich unter anderem in den ungenügenden finanziellen und personellen Ressourcen, schlechten institutionellen Voraussetzungen, inflexiblen Verwaltungen, der Bürokratisierung von Entscheidungsabläufen, oftmals völlig inakzeptablen Betreuungsrelationen oder auch unzureichend motivierten Lehrenden. Dies ist unbefriedigend und verlangt in den Augen einer zunehmend marktorientiert denkenden Öffentlichkeit und angesichts so umfassender nationaler und internationaler Probleme wie der Erwerbslosigkeit, der Staatsverschuldung, der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme sowie der gesellschaftlichen Überalterung nach Rechenschaft.

Die Mitarbeit an nachhaltigen Lösungen für diese Probleme in Forschung, Ausbildung, Weiterbildung ist eine wichtige Aufgabe der Hochschulen. Zwar nicht ihre einzige, aber sie ist für die Steuer zahlende «Öffentlichkeit» die stärkste Legitimation für die Unterhaltung unseres Hochschulsystems. Politik und Gesellschaft sind nicht mehr bereit, das nicht mehr wie einst elitäre, sondern große und offene System Hochschule und dazu noch mit den längst nötigen Steigerungsraten zu alimentieren, und schon gar nicht, wenn der Nachweis ausbleibt, dass es qualitativ hochwertig und zugleich effizient im Umgang mit den Ressourcen umgeht.<sup>4</sup>

Die Gesellschaft verlangt zurück, was die öffentliche Hand den Universitäten hat zukommen lassen. Bewertungen von Forschungs- und Lehrleistungen werden daher den universitären Alltag in einem nicht gekannten Maße bestimmen und geraten zu wichtigen Steuerungsmechanismen.

Überprüfung und Wettbewerb sind sicherlich notwendig, um Positionsbestimmungen vorzunehmen, Profile auszubilden, Standortvorteile festzulegen oder Ressourcenverteilungen zu lenken. Zugleich gilt aber auch, dass Erfolgsmessungen im Sinne praktischer Nützlichkeit für die Geisteswissenschaften ungleich schwieriger zu erbringen sind als für die Naturwissenschaften, zumal einseitige Sparzwänge die Arbeitsbedingungen für Lehrende und Studierende vielerorts unbefriedigend gestaltet haben. Zum Verhängnis wird den Geisteswissenschaften aber, dass sie sich aus Wirtschaft und Management entlehnten Bewertungskriterien zu stellen haben, die ihnen wesensfremd sind. «Preis-Leistungsverhältnis», «Effizienz», «Zielgrößen», «Clusterbildung» oder gar «entrepreneurial university» gehören dabei zur bevorzugten Phraseologie der Bildungspolitik. Auch ist anzumerken, dass die Naturwissenschaften den Geisteswissenschaften ihr traditionell angestammtes Terrain streitig machen. Medizin, Neuro- und Biowissenschaften verzeichnen empirisch messbare, oftmals spektakuläre und damit auch öffentlichkeitswirksame Erfolge in Bereichen, die als «Lebenswissenschaften» etikettiert werden. Die sich dahinter verbergenden Forschungsleistungen sind vorbehaltlos zu würdigen. In der Konsequenz kann dies indessen nicht bedeuten, menschliches Leben sei allein über das Studium biochemischer Abläufe erklärbar. Erst die geisteswissenschaftliche Sicht auf den Menschen hat es ermöglicht, diesen über seine rein biologische Determinierung hinaus zu erfassen und ihn im Kontext seiner psycho-sozialen Befindlichkeit als ein zeichen- und bedeutungsgenerierendes Wesen auszumachen. Dies haben die neuen *life sciences* mittlerweile erkannt und plädieren daher verstärkt für eine engere Kooperation zwischen den beiden Wissenschaftsbereichen. Ähnliches gilt längst für die Physik und andere Felder der Grundlagenforschung.

Ungeachtet dieser Neubewertung sehen sich die geisteswissenschaftlichen Disziplinen zunehmend einem Legitimationszwang ausgesetzt, haben sie nach außen hin doch ihren Relevanznachweis zu erbringen. «Dennoch sind sie für das politische Wohl moderner Gesellschaften unverzichtbar»<sup>5</sup>, besteht doch eine ursächliche Verbindung zwischen geisteswissenschaftlicher Forschung und den gesellschaftlichen Bedürfnissen. In der Antike als *studia humanitatis*, in der Neuzeit dann in Großbritannien und den USA als *humanities* geführt, arbeiten die seit dem 19. Jahrhundert im deutschsprachigen Raum unter «Geisteswissenschaften» firmierenden Fächer vornehmlich bild- und textbasiert, sei es in Form des Studiums von Quellen, Dokumenten, literarischen oder visuellen Zeugnissen. Sie bleiben nicht bei der Beschreibung stehen, sondern wirken interpretierend, argumentierend und konstruierend auf den Umgang mit der Wirklichkeit ein, tragen maßgeblich zum Wissen über Gesellschaft bei. Vielfach unter dem Dach der Philosophischen Fakultäten angesiedelt, die an die Stelle der in der Antike beschworenen *septem artes liberales* getreten sind, generieren und bewahren die Geisteswissenschaften das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft, die dieser Erinnerung bedarf, um sich in Gegenwart und Zukunft ihrer selbst versichern zu können. Wie alle Forschung und Lehre sind auch geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre darauf ausgerichtet, Erkenntnis zu vermitteln und das methodische

Instrumentarium zur Erschließung von Erkenntnis bereitzustellen – dies allerdings besonders im Hinblick auf Berufsfelder, die nicht spezifisch definiert sind und nach flexiblen Lösungsstrategien verlangen. Die Geisteswissenschaften «bieten eine zukunfts offene Ausbildung, weil sie nicht spezielle Berufsbilder bedienen, sondern durch das Prinzip des forschenden Lehrens und Lernens dazu befähigen, eigenständig Probleme zu erkennen und Lösungen zu entwickeln.»<sup>6</sup>

Derartige Zusammenhänge sind vielfach in Vergessenheit geraten oder man misst den Geisteswissenschaften keine adäquate Bedeutung bei. Weder Politik noch Medien tragen genügend zur Aufklärung bei, weshalb die in den späten 1950er Jahren von dem Physiker und Romancier C. P. Snow initiierte Debatte über die vermeintlichen «Two Cultures» stets neuen Nährboden finden konnte.<sup>7</sup> Snows Argumentation zufolge sind die Naturwissenschaften von den Geisteswissenschaften, die er vor allem im literaturwissenschaftlichen Bereich ansiedelt, durch eine tiefe Kluft getrennt. Obwohl er beide dem Vorwurf einer disziplinen-spezifischen Selbstbezogenheit aussetzt, attestiert er den Natur- und Technikwissenschaften einen fortschrittlichen, auf gesellschaftlichen Nutzen ausgerichteten und damit sozial verantwortlichen Charakter. In den Geisteswissenschaften entdeckt er hingegen ein retardierendes, progressionsfeindliches Moment, das zukunfts fremd sei und den text- und bildbasierten Disziplinen eine antiintellektuelle und sozialfeindliche Attitüde beschere. Sie zeichnet nach Snows Ansicht auch für den Dialog- und Verstehensverlust zwischen den Wissenschaften innerhalb der modernen Gesellschaft verantwortlich.

Snows Einlassungen zu den zwei Wissenschaftskulturen fanden in Deutschland eine tendenzielle Fortschreibung in Odo Marquards Postulat von der kompensatorischen Funktion der Geisteswissenschaften. Demzufolge widerständen diese bewusst dem seitens der Naturwissenschaften entwickelten Innovationsdruck mittels eines Verzichts auf (Er)neuerung und wirkten so selbst auf die Modernisierung der Gesellschaft nicht ein.<sup>8</sup> Den Geisteswissenschaften wird auf diese Weise eine therapeutische Funktion zugewiesen, bestünde ihre Aufgabe doch im Wesentlichen darin, die Schäden des Modernisierungsprozesses auszugleichen. Marquard selbst spricht von der «Inkompetenzkompensationskompetenz», führt also ein Wortungetüm ein, das die Komplexität des Phänomens «geradezu körperlich schmerzhaft spüren»<sup>9</sup> lässt.

Snow und Marquards Thesen sind nicht unwidersprochen geblieben. Ihnen ist zu Recht entgegen gehalten worden, es gehöre seit jeher zu den Merkmalen geisteswissenschaftlicher Tätigkeit, gerade auch auf solche Herausforderungen zu reagieren, die mit Veränderungsprozessen innerhalb der Gesellschaft einhergehen oder durch Entwicklungen in den (Natur-)Wissenschaften bedingt sind. «Wer von den Geisteswissenschaften Nutzenrechtfertigungen verlangt, hat sie nicht verstanden. Es ist ja das Besondere der modernen rationalen Gesellschaften, dass sie ihre Selbstreflexion und ihr Erkenntnisstreben dem Zwang der Anwendung und der Verwertung entziehen.»<sup>10</sup> Marquards Kritiker, darunter Ernst Tugendhat und Jürgen Mittelstraß, führen an, die Kompensationsthese mache die Geisteswissenschaften

zu Konkurrenten oder guten Nachbarn des Theaters, des Feuilletons, der Belletristik, der Museen; sie ger[ie]ten unter Luxusverdacht [und] droh[t]en [...] zu *Entspannungswissenschaften* zu werden, zu Teilen eines Kulturbetriebs, der keine wissenschaftlichen Probleme löst, sondern von diesen gerade ablenkt. Und sie droh[t]en zu *Akzeptanzwissenschaft*

ten zu werden, als die sie nunmehr [...] das öffentliche, vor allem das politische Bewusstsein entdeckt.<sup>11</sup>

Einen Ausweg aus diesem den Geisteswissenschaften attestierten Dilemma eröffnet Snow selbst, birgt seine Argumentation doch einen anthropologischen Kern, wenn sein Fachverständnis ein festgelegtes Werte- und Normsystem als verbindlich für eine bestimmte Wissenschaftskultur annimmt. Mithin ließe sich *The Two Cultures and the Scientific Revolution* auch als «Plädoyer für ein anthropologisches Studium der Verschiedenheit der Wissenschaftskulturen lesen.»<sup>12</sup> Dieser Gedanke ist später wieder aufgegriffen und von Clifford Geertz zugunsten einer Pluralität von Wissenschaftskulturen fortgeschrieben worden.<sup>13</sup> Snow selbst verfolgte die in seinen Überlegungen enthaltenen Ideen zu einer dritten Wissenschaftskultur, die das Verhältnis zwischen den Literatur- und Naturwissenschaften sicher verändert hätte, nicht weiter. Die Rede ist von den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften.

Eine Pluralität der Wissenschaftskulturen schließt nicht nur ein breites Spektrum von Disziplinen ein, sondern berücksichtigt gerade auch Lehr- und Forschungsbereiche, die wie die Archäologie, Informatik oder Geographie im Schnittpunkt unterschiedlicher Wissenschaften angesiedelt sind. Eine solche Betrachtungsweise zwingt zu vielfältigen Kooperationen, fördert die Kommunikation zwischen den Fächern und trägt maßgeblich zur Überwindung des Gegensatzes zwischen den monolithisch verstandenen Natur- und Geisteswissenschaften bei.

An die Stelle eines unüberbrückbaren Grabens tritt fast automatisch das Bild vielfältiger Nachbarschaften und Überlappungen, die eine jede wissenschaftlich-disziplinäre Kultur für sich praktiziert, so dass der Zusammenhalt der Wissenschaft lokal immer durch solche Nachbarschaften und Kontakte gesichert ist [...].<sup>14</sup>

Das Ideologem von der Unvereinbarkeit der zwei Kulturen wird durch die Vorstellung vom Netzwerk als eigentlichem Ort des Wissens ersetzt, wobei das Festhalten an der jeweiligen Fachkultur eine unverzichtbare Grundbedingung darstellt.

Als sich die europäischen Bildungsminister im Juni 1999 in Bologna trafen, um über einen gemeinsamen Hochschulraum mit einem länderübergreifenden, gestuften universitären Ausbildungssystem zu befinden, war ihre Ortswahl durch die italienische EU-Ratspräsidentschaft motiviert. Aber auch unabhängig davon hätte der Entscheid kaum treffender sein können, hatte man sich mit Bologna, der neben Paris ältesten Universitätsstadt der westlichen Welt, doch einen für das europäische Hochschulwesen zwischen dem 11. und 21. Jahrhundert wegweisenden und erinnerungsträchtigen Schauplatz für das «tiefgreifendste [universitäre] Reformvorhaben der Nachkriegszeit»<sup>15</sup> ausgesucht. Dies ändert nichts daran, dass die Rechtswissenschaften, mit denen das Universitätsleben in Bologna begann,<sup>16</sup> an diesem Prozess noch nicht oder nur sehr zurückhaltend teilnehmen und in ihren angestammten Strukturen verharren. In der Planung ist ein «Einheitsgebäude für die europäische Universität der Zukunft. Die Erfolgsgeschichte ihres Vorgängers, der gegenwärtig so entschlossen abgewrackt wird, ist hingegen eine Geschichte der Universität in Europa – ein feiner, aber gewichtiger Unterschied.»<sup>17</sup> Was Dieter Langewiesche hier kritisch voneinander abgrenzt, zielt auf die Vielfalt der Systeme als einem wesentlichen Distinktions- und Qualitätsmerkmal europäischer Hochschulgeschichte.

Tatsächlich haben sich die Universitäten als akademische Ausbildungsstätten erst über einen langwierigen Findungs- und Selektionsprozess herausgebildet. Nach einer tiefgreifenden Krise am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert, einer Phase sozialer Verwerfungen und staatlicher Umorganisationen mit dramatischen Einbrüchen und Neuformierungen im Hochschulwesen, ist das zentralistisch angelegte Bildungssystem Frankreichs vor allem in Süd- und Osteuropa aufgegriffen worden; in Großbritannien sind eigene, miteinander konkurrierende Hochschultypen zur Geltung gekommen; das deutsche, mit den Ideen Wilhelm von Humboldts verknüpfte Modell, das im Zuge der Gründung der Berliner Universität (1810) erstmals umgesetzt wurde, hat bis nach Japan und vor allem in die USA nachgewirkt.

Bekanntermaßen wird mit dem Humboldt'schen Erbe eine Reihe konzeptioneller und organisatorischer Überlegungen verbunden, unter denen der Gedanke der Einheit von Forschung und Lehre, aber auch die Abkoppelung der Universität von staatlicher Einflussnahme bei gleichzeitigem Schutz und Förderung durch den Staat zentral sind.<sup>18</sup> Dies hat 1949 im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Artikel 5.3) seinen Niederschlag gefunden. Das dort verbriefte Recht auf die Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre wird gegenwärtig allerdings durch politisch motivierte Eingriffe in die Autonomie der Universitäten erheblich tangiert. Auch wenn das Humboldt'sche Prinzip, Wissenschaft sei «als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten, und unablässig [...] als solche zu suchen»<sup>19</sup>, nach wie vor gilt, so ist doch ein radikaler Richtungswechsel zu verzeichnen. An die Stelle sich frei entfaltender Wissenschaft, mit der Humboldt zugleich die Idee sich frei entwickelnder, wissenschaftlich denkender Persönlichkeiten und das Konzept der Bildung durch Wissenschaft verband, ist eine Strukturplanung gerückt, die festlegt, wo Forschung und Lehre noch sinnvoll erscheinen. Der (Anwendungs-)Zweck gibt Richtung und Weg vor, auf dem sich Wissenschaft zu bewegen hat. Der Gedanke der Persönlichkeitsbildung ist damit in den Hintergrund verbannt. Dies ist umso beklagenswerter, als es gerade die durch forschendes Lernen geformte Persönlichkeit der Studierenden gewesen ist, die sich auch jenseits klar umrissener Berufsfelder ihren Arbeitsplatz marktgerecht erschließen konnte.

Die Idee des Wettbewerbs ist für die betroffenen Akteure mittlerweile zu einer handlungssteuernden Zauberformel erwachsen. Hierbei handelt es sich keineswegs um ein Novum, konkurrierten doch schon die unterschiedlichen Universitätssysteme des 19. Jahrhunderts miteinander. Was in der Vergangenheit auf einen direkten Ländervergleich abzielte, soll nun allerdings innerhalb eines gemeinsamen Hochschulraums Wirkung zeigen. Vormalig evolutionäre Entwicklungen in der Wissenschaft werden im Europa des 21. Jahrhunderts durch verordnete Neuorganisationen des Universitätswesens ersetzt und die Furcht vor dem Exitus einzelner Disziplinen durch den Gedanken des «survival of the fittest»<sup>20</sup> kräftig geschürt. Dies gilt insbesondere für Forschungs- und Lehrbereiche, die bis dato zur Profilierung wissenschaftlicher Einrichtungen beigetragen haben. Eine ursprünglich sozialwissenschaftlich und biologisch konnotierte Tautologie droht sich gerade im Hinblick auf die kleinen geisteswissenschaftlichen Fächer als handlungsweisende Maxime zu etablieren. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass mit «survival of the fittest» ursprünglich nichts Anderes gemeint ist als das Überleben der am besten Angepassten. Welche spezifischen Eigenschaf-

ten dies voraussetzt, erläutern Spencer und Darwin nicht. In dieser Situation stellt sich erneut die schon in Immanuel Kants *Streit der Fakultäten* (1798), einer dann auch für die Ideen Wilhelm von Humboldts bedeutenden Schrift, aufgeworfene Frage nach dem Ort der Wissenschaft im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Nutzenorientierung und universitärer Selbstbestimmung.<sup>21</sup>

Eingedenk der prekären Lage, in der sich zahlreiche Disziplinen heute befinden, mutet es bedenklich an, mit welcher Zurückhaltung die Universitäten konzeptionell und wissenschaftstheoretisch auf die gegenwärtige Studienreform reagiert haben. Obwohl seit den 1960er Jahren eine steigende Flut einschlägiger Darstellungen zur Geschichte und Befindlichkeit verschiedener Bildungseinrichtungen und Universitäten den akademischen Buchmarkt überschwemmt, ist die aktuelle Debatte um den Bologna-Prozess weitgehend journalistisch geführt und von der (Hochschul-)Öffentlichkeit im Kulturteil der überregionalen Presse rezipiert worden. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass sich das Feuilleton mit Beginn des letzten Jahrzehnts erheblich gewandelt hat, eine Reihe von Wissenschaftlern in die Redaktionen gewechselt ist und eine so einflussreiche Zeitung wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* seit dieser Zeit «über das Feuilleton Einfluss auf die etablierten Wissenschaften [nimmt].» Aus dem Feuilleton als ««fortlaufende[m] Kommentar zur Politik» ist zugleich ein Forum für einen «fortlaufenden Kommentar geistes- und sozialwissenschaftlicher Aktivitäten geworden.»<sup>22</sup>

Im Augenblick, da die Studienreform noch nicht überall umgesetzt ist, steht die Pragmatik im Vordergrund. Die praktischen Folgen, die das gestufte Hochschulsystem mit sich bringt, werden erst jetzt erkannt, hinterfragt oder (an)klagend kommentiert. Eine faktisch defizitäre Gegenwart wird im inneruniversitären Diskurs bereits ins Präteritum gerückt und vorausschauend im Lichte einer vermeintlich besseren Vergangenheit verklärt. Auch wenn das Lamento im Einzelfall begründet sein mag, stellt es keine Handlungsstrategie dar und behindert den konzeptionellen Umgang mit der Hochschulreform. Zudem gilt es zu konstatieren, dass Universitäten als staatlich verankerte (Aus-)Bildungsstätten gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen nicht sakrosankt sind. Die Hochschulen haben sich nicht nur den aktuellen Entwicklungen zu stellen, sie sollten diese konstruktiv initiieren. Nostalgie ist fehl am Platz, Kant und Humboldt können nicht länger das einzige Richtmaß sein. Allenfalls lassen sich noch zeitgemäße Aspekte eines ohnehin in der Realität nie vollständig eingelösten Ideals für die heutige Universität fruchtbar machen.<sup>23</sup> Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, welche Idee von Universität hinter der Praxis steht und wie sich diese im Verständnis von Forschung und Lehre niederschlägt. Mit der Formulierung ihres eigenen Selbstverständnisses tun sich die Hochschulen freilich äußerst schwer und lassen es, ganz unabhängig von Bologna, schon seit geraumer Zeit an den dringend benötigten Antworten vermissen.

Je weniger die Universität in der Lage ist, aus eigenem Vermögen und aus eigener Einsicht ihre Aufgaben zu definieren, desto größer ist die Gefahr, dass ihr die Aufgaben von außen aufgedrängt werden. Ohne eine überzeugende, eigenständige Idee, an der sie sich orientieren kann, ist sie dem Druck von außen – und dem Zeitgeist – hilflos preisgegeben.<sup>24</sup>

Arnd Morkel hat seinem Plädoyer für eine Selbstdefinition der Hochschule und ihrer Aufgaben acht weitere Thesen zur Erneuerung der Universität folgen lassen und seine Überlegungen mit dem Appell an einen «offenen Streit über die Aufgaben der Universität und die Wege zu ihrer Erneuerung [beschlossen]. Es gibt tau-

send Gründe zu resignieren. Aber keine Entschuldigung. Das sind wir den Lehrern schuldig, die uns vorgelebt haben, was eine Universität sein kann. Und das sind wir der jungen Generation schuldig, die mehr denn je eine gute Universität braucht.»<sup>25</sup>

Für Karl Jaspers lagen die Verhältnisse offener, als er 1960 im Rahmen seiner Überlegungen zur *Idee der Universität* gegen die Verschulung der Hochschulen anging.

Der Sündenfall der Universitätslehre beginnt, wenn man den Besuch gewisser Vorlesungen und Übungen obligatorisch macht. Dann kommt man schließlich zu einer Reglementierung des Studiums. Die Verschulung will gute Durchschnittserfolge im Besitz von Lernbarkeiten mit einiger Sicherheit erzielen. Auf diesem für die Universität verderblichen Weg erstickt mit der Freiheit des Lernens zugleich auch das Leben des Geistes.<sup>26</sup>

Was Jaspers so unmissverständlich vorbringt, steht auch auf den zweiten Blick im Widerspruch zur straffen Organisation modularisierter Studiengänge, wie sie der Bologna-Prozess fordert. Seither ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen und Jaspers' Ausführungen wirken angesichts des allgemeinen Wissensstandes, mit dem Schulen ihre Absolventen entlassen, anachronistisch. In einer sich stets in quantifizierenden Größen begreifenden Welt bedurfte es erst zweier OECD-Studien – bekannt als PISA-Studien –, um in einer Rangliste nachzuweisen, wie es um die Schulbildung in den einzelnen Ländern bestellt ist. «Dass die Fähigkeit, schwierige Texte zu lesen und die Möglichkeit, sich in einer Sprache differenziert zu artikulieren, einen Wert darstellen könnte – darauf sind manche Menschen [freilich] ganz ohne PISA auch schon gekommen.»<sup>27</sup>

Es erscheint dringender denn je, den Studierenden ein Angebot zugunsten eines orientierenden Grundwissens zu machen, das innerhalb der einzelnen Disziplinen zu einem Kanon führt, der wieder Neugierde weckt, die Basis für einen gemeinsamen Verständnishorizont und damit auch die Voraussetzung für den notwendigen Erwerb interdisziplinärer Kompetenzen bereitstellt. Entsprechend ausgestaltete Module in den Bachelor-Studiengängen könnten so einer willkürlichen Fragmentarisierung des Wissens trotz notwendiger Spezialisierung vorbeugen. Damit ist nicht einer zunehmend spürbaren Verwischung der Grenzen zwischen Schule und Universität das Wort geredet. Im Gegenteil: «Eine Universität, die ihrer Aufgabe gerecht werden will, muss in der Lage sein, sich vom rein schulischen Betrieb abzugrenzen.»<sup>28</sup> Welches Desiderat hier aber vorliegt, wird bereits durch die Fülle an Einführungs- und Beratungsliteratur dokumentiert, die seit geraumer Zeit eine auffällige Konjunktur erlebt und im Sinne kanonisierter Kenntnisvermittlung gegen eine Beliebigkeit des Wissens anschreibt, wie sie die Unterhaltungsindustrie allabendlich mittels telegener Formen *unsystematischer* Wissensüberprüfung quotenträchtig in Szene setzt. Obwohl Wissen und Unterhaltung seit dem 17. Jahrhundert in der Wissenskultur eng beieinander stehen, findet

[u]nter den Voraussetzungen der Unterhaltungsindustrie und angesichts der Unendlichkeit und Beliebigkeit des Wissens selbst [...] die neuhumanistische Idee der Allgemeinbildung als verstehende Aneignung der Grundlagen unserer Kultur kaum noch theoretische oder gar curriculare Entsprechungen.<sup>29</sup>

Kompetenzgewinn lässt sich nur in der Auseinandersetzung mit dem Erkenntnisgegenstand nachweisen, soll er nicht im Wissensvakuum verpuffen. Wissen ohne Erkenntnisgewinn verkommt zur reinen Information. Die Vermittlung von Basiswissen kollidiert allerdings mit dem hohen Spezialisierungsgrad, dem zweck-

ausgerichtete, berufsbezogene Studiengänge unterworfen sind. Hier gilt es gegenzusteuern, das Lernangebot nicht zu bunten, der konjunkturellen Belieblichkeit geschuldeten Wissensbasaren zu degradieren und eine sinnvolle Ergänzung aus inhaltsbezogener, theorie- und methodenorientierter Lehre bereitzustellen. Es bleibt zu hoffen, dass auf diese Weise dem Grundübel der Hochschulreform wenigstens ansatzweise Paroli geboten werden kann. Ein vierjähriges Bachelor-Studium in den USA beschränkt sich in den ersten Jahren nicht von ungefähr auf die Aneignung von Allgemeinwissen, bevor eine Fachvertiefung erfolgt. Was angesichts des engen Zeitrahmens, innerhalb dessen die Studierenden ihre Leistungen zu erbringen haben, geopfert wird, sind die von Jaspers zu Recht beschworenen geistigen Freiräume. Studierende, die erst ihren Weg suchen und nicht gleich vom Einstiegssemester an ihre berufliche Profilierung im Auge haben, werden zu Opfern des Systems.

Bei aller gebotenen Kritik am Bologna-Prozess lassen sich dennoch Chancen und Verbesserungen im neuen Studiensystem erkennen. Hierzu gehören die Einführung curricularer Standards, die zwar eine Lernzielnormierung, nicht aber per se inhaltliche Redundanz bedeuten müssen, sowie Studienabschlüsse, deren Ergebnisse nicht mehr auf finalen Einzelleistungen, sondern auf Studien begleitenden kumulativen Bewertungen beruhen. Den Lehrenden und Prüflingen werden hierdurch zwar erhebliche Mehrbelastungen oktroyiert. Im Sinne einer an Quantitäten interessierten, *output*-orientierten Reform bewahrt das neue Prüfungswesen die Studierenden aber auch vor dem späten Examensschock. Entscheidend für beide Seiten ist, wie flexibel die verschiedenen Prüfungsvarianten gehandhabt werden.

Ebenso bedeutet das ECTS-Leistungspunktesystem (*European Credit Transfer System*) eine Verbesserung der Transparenz im Vergleich zum bisherigen Bewertungsverfahren. Vor allem aber bietet es die konzeptionelle Grundlage für die internationale Akzeptanz von Studienleistungen. Dank ECTS ist zumindest der formale Rahmen für die Verwirklichung eines europäischen Hochschulraums abgesteckt. Leider zeichnet sich allerdings schon jetzt ab, dass ein eigentlich begrüßenswertes Modell in der Praxis schnell an seine Grenzen stößt. Angesichts der rigiden Strukturierung der neuen Studiengänge dürfte vielen Studierenden die Zeit für einen längeren Auslandsaufenthalt fehlen.<sup>30</sup> Langfristige Individualaufenthalte im Ausland werden wohl den MA-Studierenden sowie Doktorandinnen und Doktoranden vorbehalten bleiben und besonders im Rahmen von *joint degree*-Programmen zur Geltung kommen. Die Frage nach den tatsächlichen Mobilitätschancen, die der Bologna-Prozess zeitigt, muss für die Mehrzahl der Studierenden skeptisch beantwortet werden, wenn nicht gar vom Internationalisierungsparadoxon und damit von einem irreführenden Etikett die Rede sein soll.

Die mit der Hochschulreform einhergehende Neugestaltung des Studiums fordert gleichwohl zu Innovationen heraus. Der Systemwechsel sollte deshalb auch als Chance für eine Revision disziplinärer wie auch Fächer übergreifender Konstellationen begriffen werden. Dies steht im Übrigen im Einklang mit wesentlichen Thesen aus dem *Manifest Geisteswissenschaft* (2005), in dem es unter anderem heißt:

Neues Wissen in Wissenschaftsform entsteht nicht nur innerhalb der klassischen Fächer und Disziplinen, sondern mehr und mehr auch an deren Grenzen bzw. in Kooperation mit anderen Fächern und Disziplinen. Die Generierung des Wissens und der Umgang mit Wis-

sen, einschließlich dessen Anwendung, erfordern sowohl disziplinäre als auch transdisziplinäre Kompetenzen, wie sie dem Wesen und der Konzeption nach mit der Universität gegeben sind. Auch die Geisteswissenschaften sind im Kern, weil sie sich unter je verschiedenen Gesichtspunkten auf die kulturelle Form der Welt beziehen, auf *transdisziplinäre Wissensformen* verpflichtet. Dies sollte in Zukunft auch in ihrer institutionellen Organisation zum Ausdruck kommen.<sup>31</sup>

Das Beharren auf Besitzstandswahrung oder gar Revierkämpfe sind unter den Vorzeichen von Bologna wenig förderlich. Auch wenn ressourcenbegünstigten Fächern größere Möglichkeiten zur Innovation offen stehen als ausstattungschwachen Nischendisziplinen, muss die Universitätsreform nicht zwangsläufig den Untergang der kleinen Fächer bedeuten. In welcher Weise bildungspolitisch verordnete Strukturveränderungen über die rein formale Neugestaltung des Wissenschaftsbetriebs hinausgehen und zu einer inhaltlich fundierten Reorganisation der Erkenntnisvermittlung in den Geisteswissenschaften führen können, ob die Krise der Kulturwissenschaften unter den Bedingungen eines bei oberflächlicher Betrachtung anglo-amerikanisch anmutenden, gestuften Universitätsystems positiv gewendet werden kann, sind für den gegenwärtigen Reformprozess zentrale Fragen. Ebenso ist zu fragen, ob es sich bei dem den Hochschulwandel flankierenden Schlagwort der «Interdisziplinarität», wie bei der «Internationalität», nur um ein vordergründiges Etikett oder eine konzeptionell relevante Begrifflichkeit handelt.

Nachdem es die Hochschulen weitgehend versäumt haben, notwendige Veränderungsprozesse selbst entschieden genug auf den Weg zu bringen, und sich die Bildungspolitik die Universitätsreform zum Spielfeld gemacht hat, gilt es dringender denn je, konstruktiv in den Hochschulwandel einzugreifen. Für die geisteswissenschaftlichen wie auch andere Fächer bedeutet dies, sich als offene Systeme zu begreifen und gegenüber einer möglichen Kooperation mit unmittelbar benachbarten oder auch fernerer Disziplinen aufgeschlossen zu sein, soll die Forderung nach Interdisziplinarität nicht zum leeren Paradigma geraten oder sich gar als Etikettenschwindel erweisen. Disziplinarität und Interdisziplinarität schließen einander nicht aus. Tradierte Wissensbestände werden stets durch neue Erkenntnisse komplementiert und hinterfragt. Dies geschieht im Gefolge theoretischer und methodischer Entwicklungen. Nicht zuletzt unter dem Einfluss Fächer übergreifender Sichtweisen und Instrumentarien werden Reflexionsprozesse ausgelöst, die disziplinenimmanente Positionen zu transzendieren helfen, damit maßgeblich zur Dynamisierung von Fachkulturen beitragen und Neuorientierungen ermöglichen. Insofern gilt es gerade im Zeichen von Bologna, «solidarische Beziehungen zu den Ursprungsdisziplinen und den Nachbarfächern» aufzubauen, ohne dass daraus lediglich der Not geschuldete Zwangsehen erwachsen. «Wer die eigene Disziplin retten will, muss sie verlassen und neue Spielformen der Erkenntnis einbeziehen.»<sup>32</sup> Dessen eingedenk können insbesondere die Geisteswissenschaften verstärkt von kulturwissenschaftlichen Problemstellungen und Erkenntnisstrategien profitieren.

Kulturwissenschaftliche Fragestellungen und Methoden sind in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen mit unterschiedlicher Akzeptanz bereits zur Anwendung gekommen und haben entsprechend zur Profilbildung beigetragen oder bieten nunmehr unter dem Vorzeichen strukturbedingt notwendiger Fächerverbindungen neuen Allianzen ein methodisches Rüstzeug. Kulturwissen-

schaftliche Problemorientierungen tragen einerseits dazu bei, den traditionellen Umgang mit fächerspezifischen Denk- und Arbeitsweisen auszuloten, zu erweitern und zu revidieren. Zum anderen fungieren sie als methodische Klammer zwischen verschiedenen Disziplinen, vermitteln zwischen Fachimmanenz und Fachtranszendenz. In diesem Sinne fordert die Hochschulreform die Geisteswissenschaften dazu heraus, mittels der Integration von Fall zu Fall abgesicherter, d. h. sinnvoller kulturwissenschaftlicher Fragestellungen, Ausprägungen zu entwickeln, die die *humanities* auch in der öffentlichen Wahrnehmung in das ihnen gebührende Licht rücken, die Geisteswissenschaften möglicherweise sogar gestärkt aus der Universitätsreform hervorgehen lassen. (Von solchen Überlegungen bewusst ausgenommen ist die Einrichtung hybrider kulturwirtschaftlicher oder kulturwissenschaftlicher BA- und MA-Studiengänge, wie sie an einigen Hochschulen angeboten werden.) Noch optimistischer gewendet könnte eine derart verstandene, interdisziplinär ausgerichtete und inneruniversitär aktiv gestaltete Reformierung der geisteswissenschaftlichen Disziplinen vielleicht sogar den Beginn der insbesondere von den kleinen Fächern geforderten Reversion der Reform einleiten.

Abschließend bleibt festzuhalten: Auch wenn der Bologna-Prozess keine linear-evolutionäre, sondern politisch motivierte Veränderung der Universitätslandschaft darstellt, provoziert er nicht per se den Niedergang von (Nischen-)Disziplinen, die den Hochschulen in der Vergangenheit vielerorts ihr Gepräge gegeben haben. Er fordert allerdings jenes Maß an Flexibilität ein, das als Anpassungsstrategie schon immer unverzichtbare Voraussetzung für ein «survival of the fittest» gewesen ist. Inwieweit es sich beim Bologna-Prozess wirklich um eine Hochschulreform handelt, mit der eine veränderte Idee für eine institutionelle Form des Bildungswesens entfaltet wird, oder ob durch ein bildungspolitisches Dekret lediglich eine politiknahe Form eines Studiensystems erzeugt wird, kann erst die Zukunft der Universität erweisen.

## Anmerkungen

- 1 Christina Lutter, Markus Reisenleitner, *Cultural Studies. Eine Einführung*, Wien 2005, S. 9.
- 2 Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift, hg. v. Wolfgang Frühwald, Hans Robert Jauß, Reinhart Koselleck, Jürgen Mittelstraß u. Burkhard Steinwachs, Frankfurt am Main 1991.
- 3 Lutter, Reisenleitner 2005 (wie Anm. 1), S. 9.
- 4 Klaus Landfried, «Wozu noch Geisteswissenschaften?», in: *Die Zukunft der Geisteswissenschaften*, hg. v. Ulrich Arnswald, Heidelberg 2005, S. 93–109, hier S. 94–95.
- 5 Dieter Langewiesche, «Wozu braucht die Gesellschaft Geisteswissenschaften? Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?», in: *Wozu Geisteswissenschaften? Kontroverse Argumente für eine überfällige Debatte*, hg. v. Florian Keisinger u. Steffen Seischab, Frankfurt am Main 2003, S. 29–42, hier S. 9.
- 6 Dieter Langewiesche, «Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?», in: *Universität ohne Zukunft?*, hg. v. Dorothee Kimmich u. Alexander Thumfart, Frankfurt am Main 2004, S. 36–51, hier S. 47.
- 7 Vgl. C.P. Snow, *The Two Cultures and the Scientific Revolution*, Cambridge 1959.
- 8 Vgl. Odo Marquard, «Über die Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften», in: ders., *Apologie des Zufälligen. Philosophische Studien*, Stuttgart 1986, S. 98–116.
- 9 Langewiesche 2004 (wie Anm. 5), S. 39.
- 10 Ulrich Arnswald, «Die Geisteswissenschaften. Unterschätzte Transmissionsriemen des gesellschaftlichen Wandels und der Innovation», in: ders. 2005 (wie Anm. 4), S. 111–162, hier S. 120.
- 11 Jürgen Mittelstraß, «Die Geisteswissenschaften im System der Wissenschaft», in: Frühwald, Jauß, Koselleck, Mittelstraß, Steinwachs 1991 (wie Anm. 2), S. 15–44, hier S. 33. Vgl. Ernst Tugendhat, «Die Geisteswissenschaften als Aufklärungswissenschaften. Auseinandersetzung mit Odo Marquardt», in: ders., *Philosophische Aufsätze*, Frankfurt am Main 1992, S. 453–463.
- 12 Rudolf Stichweh, «Die zwei Kulturen? Gegenwärtige Beziehungen von Natur- und Humanwissenschaften», Akademische Rede zum *Dies Academicus* der Universität Luzern am 9. November 2006, [http://www.unilu.ch/files/festrede\\_rektor\\_stichweh2.pdf](http://www.unilu.ch/files/festrede_rektor_stichweh2.pdf), S. 1–11, hier S. 2, Zugriff am 28. Januar 2007.
- 13 Clifford Geertz, «The Way We Think Now: Toward an Ethnography of Modern Thought», in: *Local Knowledge. Further Essays in Interpretative Anthropology*, hg. v. dems., New York 1983, S. 147–163.
- 14 Stichweh 2006 (wie Anm. 12), hier S. 3.
- 15 Peter Wex, *Bachelor und Master. Die Grundlagen des neuen Studiensystems in Deutschland*, Berlin 2005, S. 5.
- 16 Eine gesicherte Datierung der Universität Bologna ist aufgrund einer fehlenden Gründungsurkunde nicht möglich. Seit dem 19. Jahrhundert gilt jedoch als erwiesen, dass für das Jahr 1088 eine Schule des Rechts in Bologna als Vorläuferin der Universität zu gelten hat.
- 17 Dieter Langewiesche, «Schöne neue Hochschulwelt», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Juni 2005, Nr. 143, S. 7.
- 18 «[Der Staat] muss im Ganzen [...] von [den Universitäten] nichts fordern, was sich unmittelbar und geradezu auf ihn bezieht, sondern die innere Ueberzeugung hegen, dass, wenn sie ihren Endzweck erreichen, sie auch seine Zwecke und zwar von einem viel höheren Gesichtspunkte aus erfüllen [...]» Wilhelm von Humboldt, «Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin», in: Wilhelm von Humboldt, *Schriften zur Politik und zum Bildungswesen*, Werke IV, hg. v. Andreas Flitner u. Klaus Giel, 2. Aufl., Darmstadt 1969 (Darmstadt 1964), S. 255–266, hier S. 260.
- 19 Ebd., S. 257.
- 20 Der Gedanke des «survival of the fittest» wurde erstmals von dem englischen Sozialphilosophen Herbert Spencer in *The Principles of Biology* (1864) formuliert. Charles Darwin übernahm Spencers Überlegungen erst in der 5. Auflage von *The Origin of the Species* (1869). Dies geschah nach Absprache mit Alfred Russel Wallace, einem zeitgenössischen Naturforscher und engen Dialogpartner, der parallel zu Darwin, wenn auch kaum von der Öffentlichkeit beachtet, seine eigene Evolutionstheorie entwickelt hatte.
- 21 Vgl. Immanuel Kant, *Der Streit der Fakultäten*, hg. v. Horst D. Brandt u. Piero Giordanetti, Hamburg 2005, S. 15–17.
- 22 Detlev Schöttker, «Geisteswissenschaften im Visier des Journalismus», in: Kimmich u. Thumfart 2004 (wie Anm. 6), S. 239–254, hier S. 246.
- 23 Vgl. u.a. Jürgen Mittelstraß, *Die unzeitgemäße Universität*, Frankfurt am Main 1994, S. 19–24.
- 24 Arnd Morkel, *Die Universität muß sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Erneuerung*, Darmstadt 2000, S. 11.
- 25 Ebd., S. 146.
- 26 Karl Jaspers u. Kurt Rossmann, *Die Idee der Universität*, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1961, S. 77.
- 27 Konrad Paul Liessmann, *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*, Wien 2006, S. 77.
- 28 Morkel 2000 (wie Anm. 24), S. 16.
- 29 Liessmann 2006 (wie Anm. 27), S. 21.
- 30 Siehe «Bleiben «free mover» auf der Strecke?

Gespräch mit Dr. Rolf Hoffmann, Direktor der Deutsch-Amerikanischen Fulbright-Kommission in Berlin», in: *Wissenschaftsmanagement. Zeitschrift für Innovation*, 2006, 12. Jg., Heft 6, S. 6–7.

31 Carl Friedrich Gethmann, Dieter Langewiesche, Jürgen Mittelstraß, Dieter Simon, Günter Stock, *Manifest Geisteswissenschaft*, Berlin 2005, S. 3.

32 Reinhard Brandt, «Zustand und Zukunft der Geisteswissenschaften», in: Arnswald, 2005 (wie Anm. 4) S. 29–61, hier S. 59, 60.



Nike, 25, BWL

«Es erleichtert die Mobilität während und nach dem Studium in Europa. Das freie Lernen, der eigenverantwortliche Charakter gehen durch das neue System allerdings verloren. Das ist schade.»